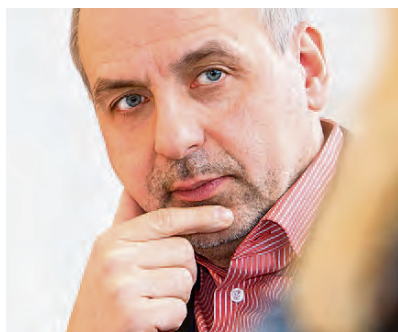


# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

*gerade erst hatte ich angeboten, unter den Demokratinnen und Demokraten ein Bündnis für Humanität zu schmieden – prompt zeigte die CDU, dass sie wieder nichts gelernt hat. Ihr Vize-Fraktionschef Stephan Meyer warf die Ablehnung einer humanitären Asylpolitik mit einem noch ungeklärten Verbrechen in einen Topf und betrieb damit dasselbe Geschäft, mit dem AfD und Pro Chemnitz Stimmung machen. Natürlich haben Waffen und waffenähnliche Gegenstände in Stadtzentren nichts zu suchen. Das gilt für alle Menschen. Mit welchen politischen und polizeilichen Mitteln das erreicht wird, liegt in der Verantwortung von Innenministerium und Regierungskoalition. Meyers Mitteilung enthält dazu keine sachdienlichen Hinweise. Die nach der Gewalteskalation zwischen Rockerbanden vollmundig angekündigte Waffenverbotszone in einem Leipziger Viertel beispielsweise gibt es immer noch nicht.*

*Die Polizei-Kaputtspärer machen sich zum Gespött, denn die Polizeibeamten, die auf der Straße Sicherheit schaffen, hat die CDU jahrelang wegrationalisiert.*

*Indem die CDU ihre „Null-Toleranz-Politik“ auf eine Bevölkerungsgruppe fokussiert, hier Asylbewerber, leistet sie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Vorschub. Das zeigt die Schizophrenie der Politik von Michael Kretschmer und seiner Partei: Sie kritisieren den Rechtsradikalismus und eifern ihm gleichzeitig nach. Das ist politischer Selbstmord auf Raten.*

*Umso mehr werden wir die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft unterstützen, die sich für ein friedliches Miteinander ohne Hass engagieren. Davon gibt es mehr als oft vermutet wird – gerade auch in Chemnitz.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Gerade jetzt: Menschlichkeit!

In Chemnitz ist ein junger Mensch gewaltsam gestorben. Ein solches Verbrechen macht Angst und viele auch wütend. Es wird noch ermittelt, wer Daniel H. weshalb zu Tode gebracht hat – doch die Diskussion hat sich längst von diesen Fakten entfernt, die zu kennen für ein Urteil aber bitter nötig ist. Das liegt nicht nur daran, dass die politische Rechte die Tat ausschaltet und es dabei wie üblich mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Nein, das liegt vor allem daran, was in den Folgetagen in Chemnitz geschehen ist.

Da gab es friedliche Demonstrationen für Toleranz und ein beeindruckendes Konzert, aber auch abscheuliche Jagdszenen und Gewalt gegen Menschen – aufgrund ihrer vermuteten Herkunft oder politischen Einstellung. Erst zwei Wochen später wurde bekannt, dass auch das jüdische Restaurant „Schalom“ zur Zielscheibe von Übergriffen geworden ist. Der Wirt berichtet von einem Dutzend Vermummter und von antisemitischen Sprüchen. Auch Hitlergrüße wurden gezeigt. Inzwischen ist eine dreistellige Zahl von Ermittlungsverfahren zu diversen Straftaten anhängig, und es wird noch dauern, bis das ganze Geschehene aufgearbeitet ist. Das gilt auch für das rechtswidrige Durchstechen des Haftbefehls gegen einen Tatverdächtigen, das sich in einem Prozess übrigens strafmildernd auswirken könnte. Und das gilt auch für die Einsatztaktik der Polizei. Damit fällt das Parlament nicht den Beamtinnen und Beamten in den Rücken, sondern handelt auch in ihrem Interesse. Aus Fehlern ist zu lernen – dazu muss man aber bereit sein, sie zu erkennen.

Auch der Landtag hat sich mit dem Tötungsdelikt befasst und damit, was seitdem in Chemnitz geschehen ist. Ministerpräsident Kretschmer gab eine Regierungserklärung ab und wurde bundesweit vor allem mit diesem Satz zitiert: „Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome.“ Es ist keine Wortklauberei, wenn zahlreiche Augenzeugen – darunter die LINKE Abgeordneten Marco Böhme und Klaus Bartl – dieser Deutung deutlich widersprechen. Die Betroffenen wird die Linksfraktion bei einer öffentlichen Anhörung zu Wort kommen lassen.

Wir finden uns nicht damit ab, dass „das Bild des hässlichen Deutschen scheinbar eine Renaissance erlebt“, wie es der **LINKE-Rechtspolitiker Klaus Bartl** formuliert: „das Bild des hässlichen Deutschen, der seine Konflikte dadurch zu lösen und seine vermeintlich berechtigten Interessen dadurch zu behaupten sucht, dass er Menschen anderer Hautfarbe, anderen Glaubens, anderer Kultur oder anderer Weltanschauung

kleinmacht, diskreditiert oder gleich unter Generalverdacht stellt.“ So tief oft berechtigter Frust auch sitze, so Bartl in der Debatte – nichts rechtfertigt es, Menschen zu jagen. Und wer kein Nazi sei, müsse trotzdem überlegen, wem er durch seine Teilnahme an Demonstrationen den Rücken stärke.

Auch den **LINKE-Fraktionschef Rico Gebhardt** „hat der Tod von Daniel in Chemnitz betroffen gemacht. Mann oder Frau darf sich darüber empören. Daniel H. war nach allem, was wir wissen, ein lebensfroher und freundlicher Mensch. Er sollte noch viel Leben vor sich haben.“ Was AfD, Pegida, Pro Chemnitz und andere Rechte seit diesem Verbrechen veranstalteten, sei ekelregend, kritisierte Gebhardt: „Ihr politisches Geschäftsmodell ist die Zerstörung unserer Zivilgesellschaft!“ Denn jedes Verbrechen, an dem auch nur vermutlich Menschen nichtdeutscher Herkunft beteiligt sind, dient als willkommenes Mittel, um die riesige Mehrheit jener verächtlich zu machen, die sich korrekt verhält.

Ministerpräsident Kretschmer sei indes unglaublich, kritisierte Gebhardt. Zwar habe er bei den Protesten gegen das Nazi-Rockkonzert in Ostritz und beim 1. Mai in Chemnitz zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt,

rechts. Sie negieren ein vorherrschendes Problem seit Jahren. Sie kriminalisieren lieber zivilgesellschaftlichen Protest. Jeder Protest gegen rechts ist bei Ihnen links.“

Gebhardt machte Kretschmer dennoch ein Angebot: „Ich nehme Ihre Bitte auf, es möge nicht alles schlechtgeredet werden. Man möge zum Wohle der Menschen in Sachsen zusammenarbeiten.“ Er habe schon 2015 seine Bereitschaft erklärt, für eine humane Gesellschaft ohne Ausgrenzung zu kämpfen. Aber CDU-Fraktionschef Frank Kupfer habe ein solches Bündnis für Humanität ausgeschlagen. „Also fordern Sie nicht die Menschen auf, sich einen Ruck zu geben, sondern fangen Sie bei sich selbst an.“ Nichts hindere Demokratinnen und Demokraten daran, sich in Chemnitz zusammzusetzen und Strategien zu suchen, um eine tief gesplittene Stadtgesellschaft, ein tief gesplittenes Land zu einen. „Geben Sie sich einen Ruck und öffnen Sie sich unserer Idee, dem Land einen Antisemitismusbeauftragten zu geben. Notwendig sind rasche Aufklärung und konsequente Verfolgung von rechten Straftätern und Hassverbrechern. Benötigt wird ausreichend fachkundiges Personal bei Polizei und Justiz. Notwendig ist die Entkriminalisierung des vielfältigen Protestes gegen rechte Aufmärsche und Solida-



rität mit Opfern rechter Gewalt.“ Die Landesregierung müsse dafür sorgen, dass Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen extreme Rechte verstärkt werden, für Lehrerinnen und Lehrer, die Verwaltung in den Kommunen, für Polizei und Justiz.

Der Versuch, bei Rechten mit AfD-Positionen zu punkten, werde scheitern, so Gebhardt. „Die Rechten werden gewinnen, wenn wir uns weiter ihre Themen aufdrücken lassen. Die Zeit für entschlossenes Handeln ist reif!“

Der Versuch, bei Rechten mit AfD-Positionen zu punkten, werde scheitern, so Gebhardt. „Die Rechten werden gewinnen, wenn wir uns weiter ihre Themen aufdrücken lassen. Die Zeit für entschlossenes Handeln ist reif!“



# Ein Geldberg – doch zu wessen Nutzen?

„Historisch“, „Der Staat ist zurück“, „Der Tanker Sachsen ist um 180 Grad gedreht“, „nachhaltige und generationenfeste Politik“: CDU und SPD gaben sich ganz unbescheiden, als die Landesregierung im August dem Parlament ihren Landes-Etat 2019/2020 vorlegte. Erstmals gibt es mehr als 20 Milliarden Euro im Jahr zu verteilen, zweifellos ein Rekordwert. Den aber haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ermöglicht, nicht die Regierung. Die trockenen Zahlenkolonnen halten am Ende fest, was umgesetzt wird und was nicht. Ohne Moos nix los!

**Verena Meiwald, Finanzexpertin der Linksfraktion**, fand wenig Grund zum Loben. „Denn das viele Geld muss für die Fehlerkorrektur der CDU-Regierungen ausgegeben werden. Das wird nun deutlich teurer, als wenn man rechtzeitig umgesteuert hätte. Schade um das viele Geld – welche wirklichen Verbesserungen hätte man damit umsetzen können!“ Solange das Geld über dutzende komplizierte Förderrichtlinien vergeben wird, die nur Experten durchschauen, komme der Geldregen auch oft nicht an. „Wir fordern seit Jahren Entbürokratisierung und Pauschalen.“

Wirkliche Errungenschaften seien nicht in Sicht. So könne die SPD zwar kostenlose Kitas fordern, im Entwurf stehe dazu aber nichts. „Drängende Fragen bei Bildung, Personennahverkehr, Gesundheitsversorgung oder Kommunalfinanzien bleiben unbeantwortet.“

Bestes Beispiel: der Sozialhaushalt. „Der schwindende soziale Zusammenhalt wird zwar oft beklagt, aber im Sozial-

haushalt findet sich trotz der guten Kassenlage keine erwähnenswerte Idee, um den Zusammenhalt zu fördern.“ Stattdessen verstecke die Landesregierung ihre Ideenlosigkeit hinter möglichst unübersichtlichen Tabellen. „Sie, meine Damen und Herren der regierungstragenden Fraktionen, können sich auf eine üppig ausgestattete Ministerialbürokratie verlassen. Wir schieben Nachtschichten, um mit 600



Bild: Pixabay / CO

Zeilen langen Excel-Tabellen ansatzweise den Überblick zu behalten. So geht man nicht mit dem Parlament um!“

Und die Mängelliste wird noch länger. So seien weitere Lehrerstellen und Lehramts-Studienplätze zwar gut, aber angesichts steigender Schülerzahlen immer noch zu wenig. Geld für Zulagen an ältere Lehrkräfte, die nicht

verbeamtet werden können, sucht man vergeblich. Die Kulturräume blieben langfristig unterfinanziert, ebenso die Hochschulen. Und beim großen Thema Integration, das für den sozialen Frieden enorm wichtig ist, kam Meiwald ins Staunen: „Ganze 300.000 Euro stehen für die Umsetzung des neuen Zuwanderungs- und Integrationskonzepts bereit. Das ist doch nicht Ihr Ernst, oder ist es ein Kniefall vor Rechtsaußen?“

Der Gesetzgeber müsse dafür sorgen, dass der Staat funktioniert und die Kommunen in der Lage sind, vor Ort ein lebenswertes Leben zu bieten. Dazu gehörten flächendeckender Nah- und ein attraktiver Ausbildungsverkehr, am besten kostenlos; ein wirksamer öffentlicher Gesundheitsdienst sowie ärztliche Versorgung in allen Regionen; genug ausgebildete Pädagog-

innen, Erzieherinnen und Pflegekräfte. Dazu gehörten aber auch kulturelle und sportliche Angebote für alle, eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei sowie eine schlagkräftige Justiz. „All dies und vieles mehr kann man mit einem Haushalt regeln, wenn man den Mut und die Ideen dazu hat. Ihnen fehlt trotz Rekordsummen leider beides!“

Der **kommunalpolitische Sprecher André Schollbach** kritisierte besonders die Geldnot der Kommunen. „Die Gemeinden sind die Keimzellen der Demokratie. Deshalb müssen die Städte und Gemeinden so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben vernünftig erfüllen können.“ Selbstverwaltung heiße nicht Mangelverwaltung. Dennoch könnten viele Städte und Gemeinden kaum oder nur unter erheblichen Anstrengungen auch nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen. „Dann stellt sich die Frage, welcher Jugendclub geschlossen, bei welcher Sozial Einrichtung gekürzt oder welcher städtische Betrieb privatisiert werden soll.“ In Sachsen habe zu Jahresbeginn jede dritte Kommune noch keinen beschlossenen Haushalt gehabt – darunter Annaberg-Buchholz, Hoyerswerda oder Görlitz. Die Folge: vorläufige Haushaltsführung – und solange keine Investitionen in Straßen, Kindergärten oder Schulen. Die Linksfraktion hat Vorschläge gemacht, um gegenzusteuern (siehe Artikel rechts).

Wir werden mit Änderungsanträgen zeigen, wie ein sozial gerechtes Sachsen aussehen kann, wenn nicht mehr die CDU den Finanzminister stellt. Das wäre wirklich historisch!

## Für Friedfertigkeit in Sachsen und in der Welt

Friedenspolitik gehört nach Berlin oder Brüssel, nicht nach Dresden? Falsch! Auch Landesregierungen müssen zum Frieden beitragen. Deshalb ließen wir kurz nach dem Weltfriedenstag den Landtag debattieren – Thema: „Haltung zeigen in Sachsen. Für Demokratie und Frieden – gegen Hass und Gewalt.“

„Der 1. September ist nicht ohne Grund gewählt“, so **Lutz Richter, demokratiepolitischer Sprecher der Linksfraktion**. „An diesem Tag des Jahres 1939 entfesselte das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg. Welches Datum könnte für uns Deutsche besser geeignet sein, um sich mit unserer Geschichte, mit unserer Rolle in der Weltgemeinschaft auseinanderzusetzen?“ Zu prüfen sei, was in Sachsen für den Frieden getan, wie die Gesellschaft auf allen Ebenen ziviler werden könne.

Die Proteste gegen den Jugoslawienkrieg seien noch groß gewesen. „Der Grundsatz, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, galt von diesem Zeitpunkt an in dieser

Schärfe nicht mehr.“ Seitdem habe sich die Gesellschaft verändert. Die Menschen hätten sich daran gewöhnt, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten in Krisen- und Kriegsgebieten kämpfen, dass Parlamentsbeschlüsse zu Krieg



und Frieden im Bundestag nur noch eine Randnotiz sind. „Die Empörung lässt nach“, so Richter, auch darüber, dass noch immer Tiefflieger über die Sächsische Schweiz donnern. Oder darüber, dass Sachsen Durchmarschgebiet für NATO-Truppen ist und Flughäfen als Drehkreuze gebraucht werden. „Das ist eine Frechheit“, rief Dr. Stephan Meyer von der CDU Richter da entgegen. Doch der setzte fort mit seiner Kritik: „Das Thema Frieden geht uns insbesondere

auch etwas an, weil die Bundeswehr aggressiv an Schulen, Universitäten und auf Berufsmessen sowie auf Festlichkeiten wirbt. Doch das ist kein Job wie jeder andere.“ Die Landesregierung dürfe zu alledem nicht schweigen – weder hier noch in

Berlin oder Brüssel!

Rich-

ter danke allen, die sich für den Frieden engagieren – „speziell 22 sächsische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister verschiedener Parteien, die sich in der Organisation Mayors for

Peace, Bürgermeister für den Frieden, einsetzen, für eine Welt ohne Atomwaffen und für Abrüstung.“

**Rechtspolitiker Klaus Bartl** verwies auf die Landesverfassung: Ihre Leitlinien seien Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der uns umgebenden Welt. Frieden meine „sowohl die Forderung nach Friedensstaatlichkeit als auch das Demokratiegebot, das Voraussetzung für den inneren Frieden ist.“ 1990 habe das sächsische Volk eine historische Umwälzung im Grundsätzlichen gewaltfrei vollzogen. Heute aber sei „eine Minderheit offenbar nicht willens, eine neu herangereifte gesellschaftliche Kontroverse, die niemand bestreitet, in ähnlicher Weise mit Anstand und Friedfertigkeit auszutragen.“ Alle Demokraten müssten darauf dringen, dass Konflikte stets friedlich ausgetragen werden.

Koalitionspolitiker flüchteten sich allerdings vor allem in die Ansicht, der Landtag sei für all das nicht zuständig.



# Sonne aufs Dach, auch aufs landeseigene!

Der Staat sollte Vorbild sein für seine Bürgerinnen und Bürger – auch beim Thema saubere Energieversorgung. Deshalb hat die Linksfraktion die Landesregierung aufgefordert, selbst zur Nutzung von Solarenergie beizutragen (Drucksache 6/14505). Sie soll die Dächer der 4.000 landeseigenen Gebäude, die bisher weder Photovoltaik- noch Solarthermie-Anlagen tragen, auf ihre Eignung für diesen Zweck prüfen lassen. Ein Solaranlagenkataster, das es in vielen Kommunen schon gibt, soll landesweit erstellt werden. Solare Wärmenutzung soll bei Baumaßnahmen gegenüber fossilen Alternativen bevorzugt werden.

Bis Ende 2022 sollen alle Dachflächen, die geeignet sind und mit geringem Aufwand umgebaut werden können, die Sonnenenergie einfangen und Speicheranlagen damit füllen. Das soll entweder in Eigenregie geschehen – oder in der Hand von Bürgerenergiegenossenschaften oder Stadtwerken, die solche Flächen nutzen dürfen.

**Marco Böhme, energie- und klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion**, stellte fest: „Was wir fordern ist kein Hexenwerk, sondern angewandte Praxis. In Thüringen wurde schon 2008 beschlossen, landeseigene Gebäude auf die Eignung für Photovoltaik-Nutzung zu prüfen, um sie

dafür zu verpachten. Die PV-Leistung landeseigener Gebäude stieg daraufhin von 30 kW im Jahr 2008 auf über 1.900 kW.“ Auch in Dresden werden in diesem Jahr erste städtische Gebäude mit solchen Anlagen bestückt.

Der Anteil der Photovoltaik an der sächsischen Stromversorgung wächst seit 2014 nur sehr langsam – auch das spricht dafür, entschlossen voranzugehen. So lassen sich außerdem Bürgerenergiegenossenschaften fördern. Sie treiben eine dezentrale, konzernunabhängige und ökologische

Energieerzeugung voran. Sie schaffen dort Wertschöpfung, wo erneuerbare Energieträger genutzt werden, und sorgen für deren Akzeptanz.

Damit der Sprung ins saubere Energiezeitalter gelingt, muss es deutlich mehr dezentrale Anlagen geben. Die CDU-geführte Regierungskoalition lehnte die Vorschläge ab und zeigt damit einmal mehr, wie fest sie sich an die Braunkohleverstromung klammert. Doch deren Ende kommt – und dann? Vorbereitung wäre angesagt, im Großen wie im Kleinen.



German Steamtanks Steamtanks / flickr.com / CC BY-NC 2.0

## Schluss mit der Finanznot der Kommunen

In den Kommunen spielt das Leben – sie regeln vieles, das für unseren Alltag wichtig ist. Zu Pflichtaufgaben wie Feuerwehren, Schulwesen, Wasserversorgung oder Kulturpflege kommen freiwillige Aufgaben wie Wirtschaftsförderung, Energieversorgung, der Betrieb sozialer Einrichtungen, von Erholungsstätten oder die Sportförderung. Das und mehr können die Städte und Gemeinden aber nur erledigen, wenn sie genug Geld haben. In Sachsen haben sie in der Regel zu wenig. Denn das Finanzministerium in Dresden rechnet den Freistaat auch auf Kosten der Kommunen arm, lässt Städte und Gemeinden ausbluten – und rühmt sich dann solider Staatsfinanzen auf der Landesebene. Die Rekordzahlen im Landeshaushalt dürften vielen kommunalen Kämmerinnen und Kämmerer als Teil einer anderen Welt vorkommen. Das muss sich dringend ändern!

Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN luden Ende August zum öffentlichen Fachgespräch über die Zukunft der Kommunalfinanzen. Während die Weichen für den Landeshaushalt 2019/2020 gestellt werden, widmeten wir uns dem Veränderungsbedarf am kommunalen Finanzausgleich, der Teil des Landes-Etats ist. Zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren gekommen. Prof. Dr. Gisela Färber, Professorin für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hielt

den Einführungsvortrag. Danach nahmen Thomas Kunzmann, Bürgermeister von Lauter-Bernsbach und Mitautor des „Forderungspapiers der ‚Parteiunabhängigen Bürgermeister des Erzgebirgskreises‘“, sowie Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane, zur kommunalen Sicht Stellung.

Es entwickelte sich eine rege Diskussion, denn Lösungen sind nötig. Sie bestehen nicht in Wahlgeschenken wie den symbolischen 70.000 Euro, die das Kabinett Kretschmer allen Kommunen zukommen lässt. Deren Wirkung auf die Lebensqualität vor Ort wird, vorsichtig formuliert, überschaubar sein. Wir wollen grundsätzlich an das System des Finanzausgleichs ran. Die kommunalen Gliederungen müssen stärker selbst

bestimmen können, wofür sie Geld ausgeben. Im Finanzausgleich müssen dauerhaft 400 Millionen Euro jährlich zu Gunsten der kommunalen Ebene umverteilt werden. Damit erhielte jede Gemeinde pro Einwohner und Jahr 100 Euro mehr an Schlüsselzuweisungen. Zweitens schlagen wir vor, für die Landkreise und kreisfreien Städte Regionalbudgets in Höhe von jährlich zehn Millionen Euro als frei verfügbare Mittel bereitzustellen. Das wären noch einmal 32 Euro je Einwohner. Denn nicht die Dresdner Ministerien, sondern die Menschen vor Ort wissen am besten, wo Geld fehlt.

Nun gibt es viel Material auszuwerten – über Schlussfolgerungen und Forderungen werden wir noch informieren.



## Mehr Ermäßigungen für Familien!

*Kennen Sie den „Sächsischen Familienpass“? Wahrscheinlich nicht – denn er führt im Freistaat ein Schattendasein, zu Unrecht. „Der Familienpass berechtigt die Inhaber mit ihren Kindern, unentgeltlich bestimmte Einrichtungen des Freistaates Sachsen – Museen, Sammlungen, Burgen und Schlösser zu besuchen.“ Das verkündet das Sozialministerium. Den Pass gibt's beim Einwohnermeldeamt, Jugendamt, im Bürgerbüro oder im Büro des Bürgermeisters, und er hängt nicht vom Einkommen ab.*

*Eigentlich eine gute Sache – aber warum wird sie auch nach 20 Jahren kaum genutzt? Sachsen-Anhalt hat 14.000 Familienpässe vergeben. Zum Vergleich: In Großenhain sind es bisher 15. Landesweite Zahlen existieren nicht. Und auch die Angebote, die genutzt werden könne, ist mit etwa 30 hierzulande gering. In Brandenburg sind es 650. Grund für die Misere sind die Bedingungen: Den Pass erhalten nur Eltern mit mindestens drei kindergeldberechtigenden Kindern, Alleinerziehende mit mindestens zwei kindergeldberechtigenden Kindern oder Eltern mit einem kindergeldberechtigenden Kind, wenn es eine schwere Behinderung hat. Und: Der Pass muss jährlich neu beantragt werden.*

*Die Linksfraktion will den Familienpass attraktiver machen (Drucksache 6/8851). Er soll schon ausgestellt werden, wenn ein Kind unter 18 Jahren bzw. mit Kindergeldanspruch im Haushalt lebt. Großeltern sollen einbezogen werden. Ein Antrag soll bis zur Selbstständigkeit des letzten Kindes genügen und über eine zentrale Stelle einfach und online besorgt werden. Die Angebote sollen ausgeweitet werden, Kommunen, Unternehmen und Vereine sollen mitmachen können. Und Sachsen sollte darauf hinarbeiten, dass Familienpässe auch in anderen Bundesländern gelten. **LINKEN-Familienpolitikerin Kerstin Lauterbach** forderte „eine Kampagne ‚Sachsen vergibt den Familienpass‘, damit er endlich bekannt wird.“*

*Und **Janina Pfau, kinder- und jugendpolitische Sprecherin**, sieht im Familienpass einen „kleinen Beitrag, den wir als Freistaat leisten können, um der Kinderarmut entgegenzuwirken.“ Von Armut betroffen seien auch Familien mit nur einem oder mit zwei Kindern. Der Pass sei selbst Personen, die in der Familienhilfe arbeiten, nicht bekannt.*

*CDU und SPD sahen keinen Handlungsbedarf. So wird der Familienpass wohl erst unter einer sozialen Regierung seine Kraft entfalten können.*





## Plenarspiegel

August / September 2018

Die 76. Sitzung des Landtages fand am 16. August 2018 statt. Dort brachte die Regierung ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2019/2020 ein. Die 77. und die 78. Sitzung fanden am 5. und 6. September 2018 statt. Die Linksfraktion war mit diesen parlamentarischen Initiativen dabei:

### Aktuelle Debatte

„Weltfriedenstag mahnt: Haltung zeigen in Sachsen. Für Demokratie und Frieden – gegen Hass und Gewalt.“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung des subjektiven Rechtsschutzes und der innerparteilichen Demokratie bei Wahlen zum Sächsischen Landtag“ (Drucksache 6/11223)

„Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/13914)

### Anträge

„Sächsischen Familienpass attraktiver ausgestalten!“ (Drucksache 6/8851)

„Sonne aufs Dach! – Solarenergienutzung auf landeseigenen Immobilien in Sachsen ausbauen!“ (Drucksache 6/14505)

## Termine

### Öffentliches Forum:

„Entgeltfreier ÖPNV für alle! Diskussion über entgeltfreien ÖPNV, Bürger\* innentickets und steigende Fahrpreise in Leipzig“ 18. September 2018, 18 Uhr, Lindenauer Markt, Leipzig

### Fachgespräch zum Entwurf der Linksfraktion für ein Integrationsgesetz

04.10.2018, 18:30 Uhr, Steinhäuser Bautzen, Steinstraße 37  
08.10.2018, 18:30 Uhr, Bürgerinitiative Chemnitzer City, Projekt „All-In“, Rosenhof 18, Chemnitz  
11.10.2018, 18:30 Uhr, Wir AG Dresden, Martin-Luther-Straße

## Kurz gemeldet



### Plakatkampagne für längeres gemeinsames Lernen gestartet

In den ersten Septembertagen ist die Linksfraktion sachsenweit mit einer Großflächenkampagne präsent. Damit werben wir für längeres gemeinsames Lernen und das Recht, Gemeinschaftsschulen als weitere Schulform zu gründen. Vor einem Jahr hatte eine von uns beauftragte Meinungsumfrage gezeigt, dass zwei Drittel der sächsischen Wählerschaft eine „Schule für alle“ befürworten und sogar drei Viertel einen Volksentscheid für längeres gemeinsames Lernen wollen. Derzeit bereitet ein zivilgesellschaftliches Bündnis einen Volksantrag dazu vor. Das Schulgesetz soll geändert werden, um die unsinnige und erzwungene Trennung der Kinder nach der 4. Klasse beenden. Nach dem Vorbild Thüringens sollen Schulen künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. „Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich die Überwindung der sozialen Spaltung auf die Fahne schreibt – und deshalb die klare Ansage, die ja auch von Stimmen aus dem sächsischen Handwerk unterstützt wird: Die gegliederte Schule des vergangenen Jahrhunderts steht der Zukunft Sach-

sens im Weg“, so Fraktionschef Rico Gebhardt, der gemeinsam mit der Bildungspolikerin Cornelia Falken das Motiv präsentierte.

### Linksfraktion beim Tag der Sachsen in Torgau

Auch in diesem Jahr nahm die Linksfraktion am „Tag der Sachsen“ teil. In Torgau waren wir diesmal am Friedrichplatz mit einem Stand vertreten, zwischen den Ständen der Koalitions-



fraktionen. Motto der Fraktionspräsenz bei diesem Mal: Frieden – Solidarität – Toleranz – Gerechtigkeit. Thematisch erwarteten die Besucherinnen und Besucher neben einem breitgefächerten Angebot an Informationsmaterial eine Fotoaktion, ein

Quiz und ein besonderes Glücksrad: Wer sächsische Wörter versteht und richtig ins Hochdeutsche übersetzte, gewann. Fraktionschef Rico Gebhardt und weitere Abgeordnete nutzten die Gelegenheit für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit dem Landessportbund, dem SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, dem Landestourismusverband oder der Verbraucherzentrale. Am Torgauer Denkmal der Begegnung, das an das Zusammentreffen der Alliierten an der Elbe am 25. April 1945 erinnert, legten Rico Gebhardt und Marco Böhme für die Fraktion einen Kranz nieder.

### Aus dem Spendentopf: Hilfe für Tschernobylhilfe-Verein

Nicht nur um Diätenerhöhungen sinnvoll einzusetzen, füllen die Mitglieder der Linksfraktion einen Spendentopf. Daraus fließt Geld an Vereine, Projekte, Bürgerinitiativen und Privatpersonen. Die Abgeordneten unterstützen vor allem Kinder- und Jugendarbeit, Demokratieprojekte, soziale, kulturelle, sportliche und interkulturelle Initiativen. So übergab der **Landtagsabgeordnete Heiko Kosel** eine Spende in Höhe von 200 Euro an die Tschernobyl-Initiative des Vereins Gesellschaft Sachsen-Osteuropa e.V. in Bautzen. Dieser lädt jährlich Kinder aus der Gegend um Tschernobyl zur Erholung ein. Diesmal waren 14 Kinder von 9-15 Jahren der Tanzgruppe „Milawitza“ aus Buda Koschelewo in der Region. Bis heute leidet die dortige Bevölkerung unter den gesundheitlichen Folgen der Katastrophe.



## Jana Pinka auf Sommer(Kultur)Tour

Von Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltschutz und Ressourcenpolitik

Im August war ich unter dem Motto „Kultur: -Schätze suchen, -Orte bekannt machen, -Regionen verbinden“ in zwölf Städten und Ortsteilen der Erzgebirgsregion Mittelsachsen unterwegs.

Beim Wandern durch die Natur über- und untertage, aber vor allem während der vielen Gespräche mit engagierten und kreativen Menschen gewann ich viele Erkenntnisse für die Arbeit unserer Fraktion im Landtag. Wandern ist eine Kulturtechnik, die neue Kultur entdecken lässt – gestalterische, musische, Bergmannskultur, Gedenkkultur, Gesprächskultur ... Und so führte mich der Weg zum Beispiel in die Sommergalerie Hofefeld in Frauenstein, das Freiburger Stadt- und Bergbaumuseum oder ins Besucherbergwerk „Trau-

auf Gott Erbstollen“ in Lichtenberg. Die Grüne Schule grenzenlos versucht unermüdlich, den Naturgedanken, Naturschutz sowie die naturnahe Bildung deutschen und tschechischen Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Während der Wanderung auf dem Kunsterlebnisweg in Frauenstein erläuterten mir die Wanderwegewarte ihre Bemühungen, die Nachbarregionen zu verbinden. Das gelingt mit dem Geopark-Projekt bereits etwas besser. Hier beteiligen sich mehrere Gemein-

den an einem touristischen Konzept. Ich danke allen, die mir einen neuen Blick auf Unbekanntes ermöglichten!

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

